

Frankfurter Allgemeine
ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Post aus Iran

wgl. „Wer vieles bringt, wird manchem etwas bringen.“ Nach diesem Goethe-Vers hat Irans Präsident Ahmadineschad gehandelt, als er einen Brief an die Bundeskanzlerin schrieb. Eine deutsche Fassung ist nun bekanntgeworden. Sie enthält einen Strauß historischer Anspielungen und die üblichen Klagen über Ungerechtigkeiten in der Weltpolitik. Nach Komplimenten an die deutsche Gelehrtenrepublik insinuiert der iranische Staatschef, die Deutschen sollten nicht länger auf vergangene „Sünden“ blicken. Die Absicht ist klar: Das besondere Verhältnis zwischen Israel und der Bundesrepublik, durch Adenauer und Ben Gurion gestiftet, wird in einem Sinne apostrophiert, der so manchem Rechtsradikalen aus dem Herzen sprechen dürfte. „Propagandistische Bemühungen“, heißt es, „sind so umfassend gewesen, daß manche geglaubt haben, eine historische Schuld zu tragen und die Sünden ihrer Vorfahren über Generationen und auf unbestimmte Zeit entschädigen zu müssen.“ Berlin und Tel Aviv, das wünscht der iranische Präsident, sollen politisch auseinanderdividiert werden. Das aber wird kein vernünftiger Deutscher wollen, auch wenn er den israelischen Partner für vieles kritisieren mag.

Auf See

K.F. Laut ruft die spanische Regierung die europäischen Partner wieder zu Hilfe bei der Bewältigung der illegalen Einwanderung. Hilfe wurde ihr auch schon versprochen, aber nur spärlich gegeben. Doch dies und die Pannen beim ersten Einsatz der europäischen Grenzagentur sind nicht das wirkliche Problem. Selbst hundert Patrouillenboote in das Seegebiet um die Kanaren entsandt würden – was sollen die Besatzungen eigentlich tun? Die afrikanischen Boote abdrängen? Wohl nicht. Ihre Passagiere früher aufnehmen? Das würde zwar manche vor dem Tode bewahren, den Einwanderungsdruck aber nicht mindern, sondern noch erhöhen, da man dann nur die europäischen Schiffe erreichen müßte. Überdies ist die Wahrscheinlichkeit der Repatriierung gering. Die spanische Regierung sollte sich nicht über mangelnde Solidarität beschweren: Unkoordinierte Massenlegalisierungen illegaler und ein Verfahren, das Einwanderer dieses Typs schnell in die Anonymität entläßt – sie können dann nach Norden weiterwandern –, wirken wie Sperrn gegen einen Hilfsimpuls. Gewiß, eine vernünftige Einwanderungspolitik muß her; aber auch die könnte die neue Völkerwanderung nicht wirklich eindämmen.

Fehlansage

job. Indien, heißt es in Sonntagsreden, gewinne für Deutschland stetig an Bedeutung: als Zukunftsmarkt, als sicherheitspolitischer Anker in Südostasien, als „strategischer Partner“. Im politischen Alltag ist davon wenig zu spüren. Für den ersten Besuch der Bundeskanzlerin in Delhi gibt es noch nicht einmal ein Datum. Statt dessen reiste nun Michael Glos auf den Subkontinent. Daß dieser den indischen Premierminister beharrlich als „Präsident“ titulierte, mögen die Inder dem Wirtschaftsminister noch nachsehen, zumal er Manmohan Singh gar nicht zu Gesicht bekam. Enttäuschung dürfte aber seine politische Botschaft hinterlassen: Atomkraft, nein danke. Nichts erwarten die Inder von ihren strategischen Partnern mehr als Hilfe auf dem Weg aus der nuklearpolitischen Isolation. Während Präsident Bush versucht, den amerikanischen Kongreß von der Läuterung Indiens zu überzeugen, und die Präsidenten Chirac und Putin der werdenden Großmacht die Nuklearzusammenarbeit anbieten, läßt Angela Merkel ihren Minister das deutsche Atomausstiegprogramm erklären. Daß Glos durchblicken ließ, wie wenig er persönlich von diesem rot-grünen Erbe hält, machte seinen Auftritt nicht überzeugender.

Wie die türkische Presse ihr Sommerloch füllt

Erdogans Berater Zapsu als Zielscheibe einer einzigartigen Kampagne / Von Rainer Hermann

ISTANBUL, 30. August
Zimperlich ist es in der türkischen Presse noch nie zugegangen. Recht tief liegt bei den Balkenüberschriften und den üppig farbigen Bildern die Schamgrenze. Im Mittelpunkt stehen meist Personen, selten mehr die angriffslustigen Medien aber die Ehre eines Menschen. In diesem Sommer fügen sie ihrer unrühmlichen Geschichte einen weiteren Rufmord hinzu. Zielscheibe ist Cüneyd Zapsu, der Berater und enge Freund von Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan. Selbst ein Unbeteiligter erkennt rasch, was auf dieser Medienbühne gespielt wird.

Zapsus Anwälte arbeiten auf Hochtour. Nahezu jeden Tag werden neue Verleumdungsklagen publik. Gegen Zeitungen und Fernsehsender, auch gegen Politiker wie Oppositionsführer Deniz Baykal. Der kreischte bei einer Rede, sobald er an der Macht sei, werde er Zapsu die Beine ausreißen. Darauf steckte in der Haselnußmetropole Ordu eine johlende Menschenmenge eine Strohpuppe von Zapsu in Brand. Nie zuvor hatten Türken einen Landsmann auf dem Scheiterhaufen verbrannt. Nun taten sie das symbolisch, weil Zapsu vorgeschlagen hatte, die vielen hundert Millionen Euro, mit denen der Staat jedes Jahr die Überproduktion von Haselnüssen vermehrt, besser für den Bau neuer Kraftwerke auszugeben.

Seit sieben Wochen sendet der nationalistische „Kanaltürk“ jeden Montag drei Stunden Haß und Verleumdung gegen Zapsu, und die Tageszeitung „Sabah“ unterstellte ihm jüngst, er sei doch nichts anderes als der „Geheimdienst der AK-Partei“ Erdogans. Die Zeitung schreibt über „diesen Zapsu“, „der Unternehmen kauft und sie dann verkauft“. Dabei erweist sich die bekannte Kolumnistin Meliha Okur, daß es ja Zapsu war, der in diesem Sommer Rupert Murdoch an den Bosphorus geholt hat. Dessen News Corporation kaufte den bankrotten Sender TGRT. Bleiben wird es dabei nicht. Das bedroht den mächtigen Medienbaron Aydın Dogan und in dessen Schatten die kleineren Barone.

Breit ist die Kampagne gegen Zapsu. Allen großen Gruppen der türkischen Gesellschaft wird jeweils ein Happen vorgeworfen, um sie gegen ihn aufzuwiegen. An die Kurdenhasser richtet sich die „Nachricht“, sein Großvater, der bekannte türkische Intellektuelle Abdürrahim Zapsu, habe eine seiner Töchter mit dem inzwischen ermordeten kurdisch-marxisti-

schen Dichter Musa Anter verheiratet, einem Vordenker der kurdischen Nationalbewegung. Die ständig wiederholten Bilder, wie seine Frau Beyza ohne Kopftuch am Freitagsgebet der Männer teilnimmt, sollen andererseits die Islamisten gegen den erfolgreichen Geschäftsmann aufbringen.

Einmal ist Zapsu „homosexuell“, dann ein „Agent“ des CIA oder des Mossad, einmal ein Mitglied der separatistischen PKK, dann wieder „verkauft“ er Zypern. Antiweltliche Reflexe werden bedient, wenn von Zapsus direktem Zugang zum

zeichnete in „Sabah“ Zapsu als „die eine Hälfte“ von Erdogans Gehirn – wie es zuvor Adnan Kahveci für Turgut Özal gewesen sei. Nach Kahvecis Tod aber habe Özals Niedergang eingesetzt, schreibt Uluc.

Erdogan und Zapsu, der Politiker und der Geschäftsmann, sind enge Freunde. In ihrer Freundschaft ist für politische Hierarchien kein Platz. Wenn Zapsus Anwälte Verleumdungsklagen einreichen, verteidigt Erdogan unbeirrt seinen Freund in der Öffentlichkeit. Über Zapsu fand Erdogan Zugang zur Außenwelt, zu



Cüneyd Zapsu (rechts) neben Ministerpräsident Erdogan

Foto Hürriyet

Weißes Haus und zum Pentagon die Rede ist, von seinen regelmäßigen Treffen mit den Botschaftern Amerikas, Europas und Israels. Das schützt Zapsu nicht davor, daß ihm im nächsten Atemzug unterstellt wird, ein Financier von Al Qaida zu sein. Allein mit dieser Behauptung hatte die türkische Presse einen guten Teil ihrer sommerlichen Sauregurkenzeit gefüllt.

Sie kann ja alles behaupten, auch wenn nichts davon stimmt. Eines macht die Kampagne klar: Einige Mächtige in der Türkei wollen, daß Zapsu geht. Und dazu wollen sie seine Glaubwürdigkeit zerstören. Treffen wollen sie damit auch Erdogan. Den Grund dafür nennt Hincal Uluc in einem der wenigen Zapsu gewogenen Kommentare. Er be-

Geschäftsleuten und zu ausländischen Diplomaten. Vor Erdogans Wahl 1994 zum Oberbürgermeister Istanbul führte ihn Zapsu in den einflussreichen Industriellenverband Tüsiad ein.

Zapsu ebnete ihm den Weg zum „World Economic Forum“ in Davos und zu dessen amerikanischer Version des „Sun Valley“ in Idaho Nord. Dort fanden auch die ersten Gespräche mit Murdoch statt. Denn als eine Aufgabe hat Erdogan seinem Freund Zapsu übertragen, Investoren in der Türkei zu bringen. Zudem entwickelt der untrübe Zapsu, der in München aufgewachsen ist, wohin sein Vater nach dem Militärputsch von 1960 geflohen war, die Kontakte zu deutschen Politikern – zunächst zu Gerhard

Schröder, nun zu Angela Merkel.

Am 20. Juli – der Libanon-Krieg hatte begonnen – sprach Zapsu in Ankara mit fünf Botschaftern – denen aus Deutschland, Israel, den Vereinigten Staaten, Großbritannien und Finnland. Am Tag darauf geißelten die Medien den „Diplomatie-Marathon“ des „Schattenaußenministers“. Als auf Bauchnabelperspektive getrimmte türkische Journalisten Erdogan darauf ansprachen, platzte dem der Kragen. „Der Nahe Osten brennt, und ihr redet über Zapsu“, raunte er sie an und fügte hinzu, er vertraue eben Zapsu, seinen Berater und Mitglied des AKP-Vorstands, mit „nationalen und internationalen Aufgaben“.

Absurd verlief der Propagandakrieg um Zapsus angebliche Nähe zu Al Qaida. In den neunziger Jahren hatte er mit dem saudischen Geschäftsmann Yasin Qadi zusammengearbeitet. Der wurde Aktionär von Zapsus Discounter-Kette BIM, ebenso wie die Investmentbank Merrill Lynch und die Bank of America. Nach dem 11. September 2001 froren amerikanische Behörden die Bankguthaben von Qadi ein. Denn er hatte vor mehr als einem Jahrzehnt Geld an die Moschee seines Studienorts Chicago überwiesen. Die finanzierte auf dem Balkan aber eine Moschee, aus der ein Gefolgsmann von Bin Ladin hervorging.

In fünf Jahren konnte der Verdacht gegen Qadi, er habe Terroristen finanziert, nicht erhärtet werden. Keine Anzeige wurde gegen ihn erstattet, kein Verfahren gegen ihn eingeleitet. Dennoch zierte die Behauptung, Zapsu sei ein „Partner eines Terroristen“, über Wochen die Titelseiten der türkischen Zeitungen. Dieses Schicksal traf weder Merrill Lynch noch die Bank of America. Bis es Erdogan zu viel wurde und er vor laufenden Kameras sagte, auch er kenne Herrn Qadi und auch er sei von dessen Unschuld so überzeugt wie von seiner eigenen.

Ohne Folgen bleibt eine solche Kampagne nicht. In Ankara deckte die Polizei eine Untergrundorganisation auf, die sich den Namen „Atabeyler“ gab und bei der Pläne gefunden wurden, unter Zapsus Wagen Sprengstoff anzubringen. Daraufhin beauftragte die Polizei einen ihrer besten Männer mit dem Personenschutz von Zapsu. Den einen Wunsch will der wirtschaftlich unabhängige Zapsu den Initiatoren der Kampagne aber nicht erfüllen. Und so sagte er dem Nachrichtensender CNN-Türk, er denke nicht daran, sich von der Seite Erdogans zurückzuziehen.



Jürgen WALTER

Foto dpa

Suboptimal

Jürgen Walter hätte gar nichts zu sagen brauchen. Schon die Veränderung seines Äußeren war Aussage genug: schwarzer Anzug, neue eckige Designerbrille – wer mag ihm die nur aufs Auge gedrückt haben? –, gemessener Schritt. Schon dies alles signalisierte: Er hatte den Weg zum Staatsmann eingeschlagen und will nun kundtun, daß auch er sich um die Spitzenkandidatur der SPD für die hessische Landtagswahl 2008 bewirbt und Ministerpräsident werden will. Er fordert damit die Parteichefin Andrea Ypsilanti heraus, die mit ihrer Bewerbung schon vor einer Woche vorgeprescht war. Walter, der Fraktionsvorsitzende im hessischen Landesparlament, kann bei seiner Kandidatur auf zwei prominente Fürsprecher verweisen, die allerdings beide schon dem amtierenden Ministerpräsidenten Roland Koch unterlagen: Hans Eichel 1999 und Gerhard Bökel 2003.

Nun also will Walter in eineinhalb Jahren die Aufgabe meistern, Koch aus der Staatskanzlei zu vertreiben – wenn es ihm zuvor gelingt, von der SPD als Spitzenkandidat nominiert zu werden. Die Chancen dafür sind schwer einzuschätzen, denn Walter zeigte sich bisher als pragmatischer, gemäßiger Sozialdemokrat, und der größere der beiden hessischen SPD-Bezirke, Hessen-Süd, verstand sich bisher eher als linke Speerspitze der Bundes-SPD. Sowohl Walter als auch Ypsilanti haben ihre Anhänger, Integrationskünstler sind sie beide nicht. Walter hätte dies dem früheren Offenbacher Oberbürgermeister Gerhard Grande zugetraut, in dem er einen „optimalen“ Kandidaten sah. Nach dem Verzicht Grandes muß Walter nun den spöttischen Vorwurf ertragen, selbst nur „suboptimal“ zu sein.

Jürgen Walter, von Beruf Rechtsanwalt, nennt sich selbst gern einen „Achtundsechziger“. Wer dabei an die Studentenrevolte von 1968 denkt, den belehrt er scherzhaft: Nein, er sei nur 1968 geboren worden, im südhessischen Jugenheim. Wer den Fraktionschef reden hört und sieht, der käme ohnehin nicht auf die Idee, einen ergrauten Altlinken vor sich zu haben. Dazu ist er zu jung und zuwenig ideologisch verbiestert. Seine private Leidenschaft, das Angeln, scheint zudem ungemein mäßigend zu wirken. Während seine Konkurrentin und Landtagskollegin Andrea Ypsilanti sich immer stramm links gibt und ihre Sympathien für rot-grüne Koalitionen nie verheimlicht, kann sich Walter auch ein Bündnis mit der FDP vorstellen. Entsprechende Avancen hat er im Landtag den Freien Demokraten schon gemacht – ohne Resonanz.

Selbst ein Bündnis mit der CDU wäre für Walter wohl kein Schreckgespenst. Er hält den Ausbau des Frankfurter Flughafens und die Schaffung neuer Arbeitsplätze für die wichtigste landespolitische Aufgabe – wie Koch. Er will starke Unternehmen sowie einen dynamischen Mittelstand – wie Koch. Er will den Ausbau der Verkehrswege in Hessen und die Modernisierung alter Straßen – wie Koch. Er hält in der Bildungspolitik die Systemfrage „Gesamtschule ja oder nein“ für drittrangig und sieht es als wichtiger an, die Zahl der Schüler ohne Schulabschluß zu verringern – wie Koch. Wer Walter schaden wollte, der könnte ihm fast, aber nur fast, einen Aufnahmeantrag in die CDU schicken. BERND HEPTNER

Italienische Mythen

Die Linke und ihr schwieriges Verhältnis zur kommunistischen Vergangenheit / Von Heinz-Joachim Fischer

ROM, 30. August
„Es ist wirklich schwer zu erklären“, sagte der italienische Staatspräsident Napolitano über seine kommunistische Vergangenheit dieser Zeitung. Da hat er recht. Warum der heute 81 Jahre alte Jurist aus Neapel im Partito Comunista Italiano (PCI) immer „dabei war“, immer „mitgemacht“ hat, ist schwer zu erklären. Das mindert Napolitanos persönliche Integrität, seine honoräre Erscheinung nicht. Es bleibt die Frage, warum ein führender italienischer Politiker nach dem völligen Zusammenbruch des Faschismus seinem Land den Kommunismus an der Seite der totalitären Sowjetunion gegen die demokratischen Werte und die sozialdemokratisch-sozialistischen Parteien der westlichen Welt zumuten wollte. Napolitano sprach vom „Mythos der Sowjetunion“ und fügte hinzu: „Vielleicht handelt es sich hier um ein historisches Rätsel, das schwer zu lösen ist.“ Das Rätsel zu lösen liegt im Interesse eines demokratischen Sozialismus, den gemeinsam zu verwirklichen allen neun Parteien der gegenwärtigen Regierungskoalition von Ministerpräsident Prodi noch immer aufgegeben ist.

Der Partito Comunista Italiano entstand durch Abspaltung von den italienischen Sozialisten (PSI) auf deren Kongreß in Livorno 1921. Das war eine bewußte Entscheidung gegen die Demokratie, für die „Diktatur des Proletariats“.

Wie das praktisch aussah, war in Stalins Sowjetunion zu besichtigen; aber es gab noch kein Fernsehen. Doch schon damals wirkte der „Mythos der Sowjetunion“. Während die internationale Linke im Spanischen Bürgerkrieg die Franco-Faschisten unter dem Vergrößerungsglas betrachtete, drehte sie für die Schreckensstatue Stalins das Fernglas um. Alle kennen Guernica; die Kulaken hatten keinen Hemingway. Daß man sich wie der junge Giorgio Napolitano 1942, mit 17 Jahren also, in Italien antifaschistischen Widerstandsgruppen anschloß, ist eine nachvollziehbare Entscheidung. Napolitanos Gruppe waren Kommunisten, die effizientesten Antifaschisten gegen Mussolini und Widerständler gegen die deutsche Besatzung. Andere waren Christliche Demokraten oder Sozialisten.

Aber dann wurde 1948 die Tschechoslowakei mit Gewalt in eine „Volksdemokratie“ umgedreht, 1953 erhoben sich Arbeiter in der DDR gegen das kommunistische Regime und wurden von sowjetischen Panzern unterdrückt. Ähnliches geschah 1956 in Polen und in Ungarn. Schließlich rückten 1968 die Truppen der kommunistischen „Bruderstaaten“ in die

Tschechoslowakei ein und erstickten den „Prager Frühling“. Die italienischen Kommunisten erfanden dann unter dem legendären Generalsekretär Berlinguer den „Eurokommunismus“, ließen Distanz zu Moskau und Wohlsein im Schutz der Nato erkennen.

Jetzt, vor dem Besuch in Ungarn kurz vor dem 50. Jahrestag des Aufstands, stand Napolitano zu, daß damals der Sozialist Nenni recht hatte, als er wegen der Ereignisse in Budapest die Einheit in Italien brach – und die PCI-Führung also einen dramatischen Irrtum in der Verteidigung des Sowjetmodells beging. Napolitano galt als Sozialdemokrat in den Führungsgremien des PCI, war gesuchter und geschätzter Ansprechpartner für SPD-Außenpolitiker. Er ließ gelegentlich

durchblicken, daß er den Kommunismus der sowjetischen und der DDR-Genossen für überholt halte, aber sich an die gegebenen Umstände halten müsse.

Bei den Parlamentswahlen von 1976 erhielt der PCI 34,4 Prozent Stimmenanteil. Danach ging es wieder zurück. Die einen meinen, die sei geschehen, weil der PCI zu reformerisch gewesen sei. Andere sa-

gen, er sei zuwenig reformerisch gewesen. Erst fünfzehn Jahre später verabschiedeten sich die italienischen Kommunisten von ihrem Namen, also von jener Identität, die ideologisch und historisch mit der Sowjetunion verbunden gewesen war. Die PCI-Führer hätten, schon um dem christlich-demokratisch regierten Italien eine demokratische Gegenmacht präsentieren zu können, über kurzfristige Parteiinteressen hinaus mit Sozialisten und anderen „Progressiven“ einen gemeinsamen Reformprozeß der italienischen Linken ernsthaft angehen können. Dazu wäre es jedoch notwendig gewesen, ihre Anhänger von den Mythen und Träumen kommunistischer Ideologie zu befreien, so wie sie es längst für sich eingesehen hatten.

Dieses Versäumnis rächt sich bis heute. Die italienische Linke ist in ihren Ideen uneinheitlicher denn je. Das Projekt einer gemeinsamen „Demokratischen Partei“ kommt nicht voran. Als „Linksdemokraten“ sind die Reformkommunisten von 1991 auf knapp 20 Prozent Stimmenanteil geschrumpft. Dafür haben sich zwei Parteien von Altkommunisten, PRC und PdCI, etabliert, mit allen ideologischen Verbiegungen. Dazu gehört, daß der Kammerpräsident Bertinotti (PRC) von Kuba schwärmen kann und dem Diktator Fidel Castro seine herzlichen Genesungswünsche übermitteln darf. Mythos Kuba.

Morgen im Immobilienmarkt:

Kapitalmarktfähig

Wie sich deutsche Immobilienunternehmen im Wettbewerb Vorteile verschaffen können

Flugfähig

Wie Finanzinvestoren und Logistikspezialisten Immobilien für die Luftfracht finanzieren

Verkaufsfähig

Wie Vermieter von Ladenflächen vom Höhenflug im Einzelhandel profitieren können

Vermietungsfähig

Wie die Wohnungspolitik an der Wirklichkeit auf den Märkten vorbeigeht

Fragen zu Anzeigenschaltungen beantworten wir Ihnen gerne unter Telefon (069) 7591-33 44 oder Fax -28 90

Frankfurter Allgemeine
ZEITUNG FÜR DEUTSCHLANDDer F.A.Z.-
Immobilienmarkt